

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Nachrichten Dresden
Bismarck-Str. 10
Telefon Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptvertriebsstelle:
Dresden, K. 1, Waisenstraße 25/48

Bezugspreis bei monatlicher Zustellung monatlich 2.50 RM (einschließlich 10 Wfg. für Transport), durch Postweg 2.80 RM, einschließlich 10 Wfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei Postzustellung im Ausland. Einzelnummern 10 Wfg., außerorts 15 Wfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm breite Zeile 15 Wfg., für sechs bis 10 Wfg. Anzeigenzeile 100 Wfg., mehrseitig 100 Wfg. abh. Anzeigenblätter u. Text, Familienanzeigen und Werbeanzeigen ohne Inhalt 15 Wfg., abwärts 10 Wfg. Offertengeld 20 Wfg. Kleinanzeigen werden gegen Bezahlung.

Druck u. Verlag: Neff & Neff, Dresden, Wilschke-Str. 14/15
Kochstraße 10 mit Postfach 100
(Dresden, Nachr.)
Schulstraße 10 mit Postfach 100
Schulstraße 10 mit Postfach 100

Deutscher Vorstoß in der Wehrfrage

Paris empfängt eine deutsche Denkschrift

Paris, 31. Aug. Die Agence Havas läßt sich heute von ihrem Sonderberichterstatter aus Genereve melden, daß Ministerpräsident Herriot gestern abend von einer deutschen Note in Kenntnis gesetzt wurde, die in seiner Abwesenheit am Quai d'Orsay eingegangen sei und die deutschen Forderungen über den Umbau der Reichswehr behandelte. In der Meldung heißt es weiter, der französische Ministerpräsident habe es abgelehnt, eine Erklärung darüber abzugeben, ehe er nicht den Text der Note selbst kenne. Dieser soll ihm erst heute abend nach Cherbourg übermittelt werden. Es verlautet, daß Herriot die Absicht habe, diese Angelegenheit im morgigen Kabinettsrat zur Sprache zu bringen.

Der Quai d'Orsay hat am Mittwochabend eine halbamtliche Erklärung zur deutschen Note herausgegeben, in der die aus England kommende Havasmeldung bestätigt wird.

In dieser Erklärung heißt es: „Nicht zum ersten Male hat sich das Deutsche Reich für die die Reichswehr betreffenden Fragen interessiert. Im April dieses Jahres hat Reichskanzler Brüning in diesem Sinne bei Tardieu, MacDonald und Stimson einen Schritt unternommen. Im Juli dieses Jahres ist Reichskanzler v. Papen bei Herriot vorgegangen. Der französische Ministerpräsident erwiderte jedoch, daß er sich in jenem Augenblick auf keinen Fall mit der Frage beschäftigen wolle. Vor einigen Tagen hatte das Reich versucht, auf dem Wege über die Presse die Frage aufzurollen und zugunsten Deutschlands zu plädieren. Am Dienstagabend hat nun der Reichsaußenminister dem französischen Botschafter Francois Poncelet in Berlin eine Denkschrift (aide memoire) in bezug auf die Verfassung der Reichswehr überreicht. Diese Denkschrift wurde heute (Mittwoch) dem Quai d'Orsay zugestellt.“

In der kurzen Erklärung sind keine sachlichen Einzelheiten enthalten. In politischen Kreisen nimmt man an, daß vor dem Kabinettsrat am Donnerstag, bzw. vor der Rückkehr des Ministerpräsidenten Herriot nach Paris, keine Auskünfte über den Inhalt erteilt werden sollen.

Noch ehe der Inhalt der deutschen Denkschrift in Paris bekannt ist, legt das Trommelfeld der französischen Presse gegen die deutschen Gleichberechtigungsorderungen in härtestem Maße ein.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß der deutsche Schritt auf der Linie der mündlichen Erklärungen und des letzten Artikels des Reichsvertrages liegt, richten sich die Angriffe gegen den deutschen Standpunkt in seiner Gesamtheit. Ministerpräsident Herriot wird beschworen, den deutschen Forderungen ein unannehmliches Nein entgegenzusetzen und sich nicht zu irgendwelchen Zugeständnissen auf dem Gebiet der Versailles Militärklauseln bewegen zu lassen. Es wird ihm vorgeworfen, in Vaujanne zu entgegengesetzten gewesen zu sein.

Das nationalsozialistische „Journal“ schreibt, der innerpolitische Kampf zwischen Nationalsozialisten und „Militaristen“ habe für Frankreich keine Bedeutung. Man werde beide deutschen Gruppen nicht geneigt finden, wenn es darum ginge, gegen die Militärklauseln des Friedensvertrages Sturm zu laufen, deren Aufrechterhaltung die beste Garantie für den Frieden darstelle. In seinem Artikel fündigt der Reichswehrminister ganz einfach an, daß Deutschland keine Reichswehr aus eigener Machtvollkommenheit von den Fesseln des Versailles Vertrages befreien werde. Es sei nicht besonders erstaunlich, daß Feldmarschall v. Hindenburg, General v. Schleicher und Hauptmann v. Papen in allererster Linie die alte deutsche Militärmacht wiederherstellen wollten. Frankreich sei gewarnt. — Auch der „Temps“ reitet eine Attacke gegen den Reichswehrminister. Die Forderungen seien nicht neu; doch lege ihre Begründung von der ganzen preußischen Artroganz der neuen Herren des Reiches herabes denkwürdig ab. General v. Schleicher tue so, als ob die militärischen Bestimmungen des Versailles Vertrages nicht mehr vorhanden seien. Wenn der Minister schreibe, daß Deutschland in Zukunft bereit sei, an einer wahren Abrüstung mitzuarbeiten, dann man die Geduld des deutschen Volkes jedoch nicht über spannen dürfe, so treibe er seine „Treuherzigkeit“ fallblütig bis zur Unverschämtheit.

Aus Berliner politischen Kreisen erfahren wir hierzu: Bei den ausländischen Meldungen, in denen von einem deutschen Schritt zur Herbeiführung des Rüstungsausgleichs die Rede ist, scheint es sich um Falschmeldungen zu handeln. Die Tatsache als solche dürfte richtig sein, dagegen läßt sich im Augenblick noch nichts Authentisches über die Einzelheiten des Schrittes feststellen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß von zuständiger deutscher Seite im Laufe des morgigen Tages dazu Stellung genommen wird.

Präsidentialregierung und Reichstag

Drei fast gleichzeitig eingetretene Ereignisse, das Scheitern des letzten Verhandlungsversuches zwischen Papen und Hitler, die Regierungsbesprechung mit dem Reichspräsidenten in Neudorf und der glatte Verlauf der Reichstagsführung, haben den innerpolitischen Konflikt in ein akutes Stadium gebracht. Am Beginn dieses entscheidenden Ringens zwischen der Präsidentialregierung und dem Reichstag ist es notwendig, sich ohne Rücksicht auf Parteimeinungen und Wünsche, rein sachlich über die Gründe und Lösungsmöglichkeiten des Konfliktes Klarheit zu verschaffen.

Worum geht es? Wenn Nehntel des neuen Reichstags, dessen Wahl von der Regierung Papen herbeigeführt wurde, weil sie von den gekürzten nationalen Parteien Unterstützung ihrer Arbeit erhoffte, stehen ihr in erbitterter Feindschaft gegenüber. Der Gedanke, aus dem diese Regierung geboren wurde, hat damit vollständig Schiffbruch erlitten, weil zwischen den Machtanprüchen der nationalsozialistischen Bewegung und dem Angebot der Regierung kein Ausgleich anstande kam. Aus der geplanten Teilnahme, Unterstützung oder Tolerierung wurde Opposition. Mehr als 550 von 608 Abgeordneten trennen darauf, der Regierung durch ein Misstrauensvotum die Grundlage ihres Wirkens zu entziehen.

Je größer und bestimmter diese Gefahr wird, um so härter betont die Regierung ihren Willen, trotzdem im Amt zu bleiben und über alle Hindernisse, die ihr der Reichstag in den Weg legen könnte, hinwegzugehen. Gegenüber allen Gerüchten von Staatsstreichsplanen verfährt sie immer wieder die feste Absicht, im Rahmen der Verfassung zu bleiben. Damit ist ihr weiterer Weg genau abgesteckt. Sie muß nach oder vor dem Misstrauensvotum zur Auflösung des Reichstages schreiten und ihn innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen neu wählen lassen. Um diese Verpflichtung aus Artikel 25 der Verfassung haben sich alle Fraktionen der letzten Tage gedrückt. Denn auch die Präsidentialregierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß ein im Herbst nach dem alten Wahlrecht gewählter Reichstag keine wesentlich andere Zusammenstellung aufweisen und jedenfalls für sie keine Mehrheit bringen wird. Unter diesen Umständen wird ein fünfter Wahlgang in diesem Jahre sinnlos, ganz abgesehen von den schweren Gefahren, die eine neue Entfesselung der politischen Leidenschaften für Staat und Volk im allgemeinen und für die ruhige Abwicklung des großen Wirtschaftsprogramms im besonderen in sich bergen. Am Schluß eines solchen Wahlkampfes könnte ja doch, wenn die Regierung ihren zwölf-Monats-Plan zu Ende führen will, nur eine abermalige Reichstagsauflösung stehen, die unter Umständen bis Mitte des nächsten Jahres noch ein- oder zweimal wiederholt werden müßte. Das wäre politischer Wahnsinn, allerdings mit Methode. Und darüber hinaus ein Zustand, der eines großen Volkes unwürdig ist.

Darum hat man sich hin und her überlegt, ob der verfassungsmäßige Zwang zur sofortigen Ausschreibung von Neuwahlen nicht irgendwie umgangen werden kann. Zunächst ist die Möglichkeit eines Volksentscheides erwogen worden, der das Wahlrecht ändern und damit die Voraussetzung für einen anderen Ausfall der nächsten Reichstagswahl schaffen sollte. Aber man hat wohl einsehen müssen, daß bei der feindlichen Einstellung der vom geltenden Wahlrecht begünstigten Parteien ein solcher Volksentscheid ebenso zum Scheitern verurteilt wäre, wie eine entsprechende Gesetzesvorlage im Reichstag. Dann sind allerlei staatsrechtliche Konstruktionen entworfen, die mit verschiedenen Begründungen die These aufstellen, daß durch die politische Entwicklung ein Notstand geschaffen sei, zu dessen Behebung das Staatsnotrecht weit über den Artikel 48 der Verfassung hinausgehende diktatorische Möglichkeiten biete. Am meisten Beachtung fanden die Darlegungen des altdeutschen Justizrates Glah mit der Behauptung, daß die Staatsgewalt gegenüber dem jetzt vorliegenden „echten Staatsnotstand“ souverän sei, und daß man deshalb dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung das Recht anzusprechen müßte, sich bei ihren Rettungsmahnahmen über formale Bestimmungen der Verfassung hinwegzusetzen. In ähnlichen Folgerungen kommt auch mit anderen Gedankenwegen der Berliner Staatsrechtslehrer, Professor Carl

Die Konferenz des Reichstagspräsidentiums

hoffnungen auf Verständigung mit Hindenburg

Berlin, 31. August. Die Besprechung des Reichstagspräsidentiums, das Hauptmann a. D. Göring heute einberief, dauerte nur kurze Zeit. Das Präsidentium nahm Kenntnis von dem

Antworttelegramm des Reichspräsidenten, das folgenden Wortlaut hat:

„Für die Mitteilung von der Wahl des Reichstagspräsidentiums sage ich Ihnen besten Dank, ebenso für die mir kundgegebene Absicht des neugewählten Präsidentiums, sich bereits jetzt und hier mir vorzustellen. Da ich im Laufe der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren werde, bitte ich Sie und die Herren Vizepräsidenten von einer Fahrt hierher Abstand zu nehmen und den geplanten Besuch bei mir im Laufe der nächsten Woche in Berlin abzusagen. Den Zeitpunkt hierfür werde ich Ihnen dort angeben. Einshweilen spreche ich Ihnen und den Herren Vizepräsidenten auf diesem Wege meine guten Wünsche für Ihre Geschäftsführung aus. gen. v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Das Reichstagspräsidentium glaubt aus der Fassung der Antwort die Geneigtheit des Reichspräsidenten entnehmen zu können, vor weiteren Entschlüssen dem Präsidentium die Möglichkeit zu geben, ihm über die neue Lage Bericht halten zu dürfen. Man nimmt an, daß dies noch vor der für Donnerstag nächster Woche in Aussicht genommenen zweiten Konfession des Reichstages der Fall sein wird und hofft, den Reichstagspräsidenten doch noch überzeugen zu können, daß ein arbeitsfähiger Reichstag vorhanden sei.

Notverordnung Anfang nächster Woche

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 31. August. Das Reichskabinettsrat trat am Mittwochabend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers von Papen zu einer Sitzung zusammen, die vorzugsweise der Feststellung des Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramms gewidmet war. Diese Arbeitsbeschaffungsprogramme sind in ihren Grundzügen bereits bekanntgegebenen Programms dürften sich noch bis gegen Ende der Woche hingelen. Man rechnet damit, daß die erforderliche Notverordnung am Sonnabend in allen Einzelheiten ausgearbeitet sein wird, so daß sie dem Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden kann. Da die

Veröffentlichung der Notverordnung späterem Vernehmen nach für den Dienstag der nächsten Woche geplant

ist, wird ihr Text durch einen Herrn aus dem Büro des Reichspräsidentenpalais nach Neudorf gebracht und dort vom Reichspräsidenten vollzogen werden. Neben dem Wirtschaftsprogramm wurde heute innerhalb des Kabinetts auch noch einmal die innerpolitische Lage erörtert, ohne daß sich jedoch, wenigstens nach dem, was darüber an Informationen zu erhalten ist, neue Gesichtspunkte zur Beurteilung der Lage ergeben hätten. Die zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung in Preußen geführten Verhandlungen haben wegen des Katholikentages, der in Essen stattfindet, eine gewisse Unterbrechung erfahren, da die führenden Zentrumsmitglieder sich nach Essen begeben haben. Eine Fortleitung der Verhandlungen dürfte daher erst für den Anfang der kommenden Woche zu erwarten sein.

Die Jüngsten des neuen Reichstages

Berlin, 31. August. Das soeben vom Reichstagsbüro ausgegebene Reichstagshandbuch über den am 31. Juli gewählten Reichstag enthält wie üblich die persönlichen Angaben über die neuen Abgeordneten. Aus diesen Mitteilungen ergibt sich u. a., daß der neue Reichstag 50 Abgeordnete aufweist, die jünger als 32 Jahre sind. Der Jahrgang 1900 ist bei den Kommunisten durch einen, bei den Nationalsozialisten durch 20 Abgeordnete vertreten, der Jahrgang 1901 durch einen Kommunisten und acht Nationalsozialisten, der Jahrgang 1902 durch fünf Kommunisten und sieben Nationalsozialisten, der Jahrgang 1903 durch drei Kommunisten und sechs Nationalsozialisten, der Jahrgang 1904 durch einen Kommunisten und drei Nationalsozialisten, der Jahrgang 1905 durch einen Kommunisten und drei Nationalsozialisten. Der Jahrgang 1906 ist merklich weniger im Reichstage nicht vertreten, der Jahrgang 1907 dagegen ist durch vier Mitglieder im neuen Reichstag vertreten. Diese Abgeordneten, die also im 25. Lebensjahre stehen, sind die Benjamin des neuen Reichsparlamentes. Das jüngste Mitglied des Reichstages ist der kommunistische Abgeordnete Janka, der am 17. Mai 1907 in Chemnitz geboren wurde und seit 1924 als Sekretär der kommunistischen Partei tätig ist. Gleichfalls aus dem Jahre 1907 stammen der Reichsführer der Dillingerbanden, Adolf v. Schirach, der nationalsozialistische Abgeordnete Karl Bartel, der am 20. März 1907 in Böhmen bei Pirna geboren ist.

Heute:

Literarische Umschau

Seite 9